

II-7248 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR  
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

GZ 10.001/25-Parl/89

Wien, 24. April 1989

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Rudolf PÖDERParlament  
1017 Wien

3298 IAB

1989 -04- 28

zu 3434 IJ

Die schriftl. parl. Anfrage Nr. 3434/J-NR/89, betreffend öffentliches Beschaffungswesen, die die Abg. Heinzinger und Genossen am 8. März 1989 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Grundsätzlich bejahe ich die Notwendigkeit, in verstärktem Ausmaß umweltfreundliche Güter und Produkte seitens der öffentlichen Hand bei Neuanschaffungen zu berücksichtigen.

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat daher mit Erlaß GZ 5118/6-Präs.11/88 zu Punkt 2, 21 der ÖNORM A-2050 in welchem die Leistungsbeschreibung bei der Ausschreibung geregelt wird folgenden Zusatz erlassen: "Für die Leistungserbringung sind - soweit dies nach dem jeweiligen Stand der Technik bzw. der Marktlage möglich ist - umweltfreundliche Produkte bzw. Verfahren vorzuschreiben."

Mit gleicher Zahl wurden die Ausführungsbestimmungen für die Wahl des Angebotes zu Punkt 4, 6 der Norm bei der technischen Bewertung als Kriterium der Umweltfreundlichkeit hinzugefügt.

Ich möchte jedoch auch auf die grundsätzlichen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zu diesem Punkt in seiner Antwort zur Anfrage Nr. 3420/J-NR/89 verweisen.

- 2 -

ad 2)

Unter Federführung der Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie wird versucht werden, einen entsprechenden Kriterien-Katalog auszuarbeiten.

ad 3) und 4)

Ich bin der festen Überzeugung, daß umweltschonende Produkte generell gefördert werden sollen, u.a. Holz dann, wenn dieser Werkstoff die jeweils gestellten Anforderungen erfüllt. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport hat seit längerem darauf gedrungen, in dafür geeigneten Räumlichkeiten statt Kunststoffbodenbelägen solche aus Holz vorzusehen; diesen Drängen wird seitens der für die Baudurchführung zuständigen Stellen auch immer mehr Rechnung getragen.

ad 5)

Ich verweise auf die Antwort des Herrn Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten zur Anfrage Nr. 3424/J.

ad 6) und 7)

Sollte diese Frage aktuell werden, wird im Sinne meiner obigen grundsätzlichen Stellungnahme vorgegangen werden.

Der Bundesminister:

